

Peter Petersen: Reformpädagogik in der SBZ und der DDR 1945-1950.

Eine Fallstudie.

Der Rezensent hätte es sich nicht träumen lassen, daß er unmittelbar nach seiner Besprechung „Der Kleine Jenaplan“/1945-1950 von Dagmar Sommerfeld in dieser Zeitschrift wiederum zur Feder greifen müßte, um ein ganz ähnlich gelagertes Werk über Petersen von Peter Dudeck (s.o.) zu rezensieren. Damit nicht genug. Im Deutschen Studienverlag sind in diesem Jahr (1996) gleich noch zwei weitere Werke über Petersen erschienen, in denen sich Hein Retter in einem weiter gezogenen Rahmen unter anderem ebenfalls mit der Zeit von 1945 bis 1950 beschäftigt. Doch diese sollen hier unberücksichtigt bleiben. Jeder Autor gibt natürlich an, in den Archiven fleißig recherchiert und manch neues oder bisher unbeachtetes Material ausgewertet zu haben. Das soll durchaus anerkannt werden. Ob sich dadurch am bisherigen Bild Petersens in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und später in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik (DDR) etwas geändert hat, soll dahingestellt bleiben. Oft sind es nur andere methodische Forschungsansätze oder persönliche Sichtweisen, die verschiedene Akzente hervorbringen. Während Dagmar Sommerfeld gemäß ihres gewählten Untertitels Peter Petersen in das „Spannungsfeld der Schulreform“ der SBZ/DDR hineinzustellen versucht, will Peter Dudeck „die Rolle Peter Petersens in der SBZ/DDR“ (S. 7) aufhellen. Der Unterschied ist marginal; denn in dem von beiden Autoren untersuchten Zeitraum ging es um die erste Umgestaltung der deutschen Schule in der sowjetischen Besatzungszone und damit auch um Jena und Petersen. Insofern überschneiden sich

erheblich beide unabhängig voneinander entstandene Werke. Um dem Leser unnötige Wiederholungen zu ersparen, wird der Rezensent im folgenden nur solche Aspekte aufgreifen, die seine Rezension von Sommerfelds „Kleinen Jenaplan“ erweitern (s. Forum Jenaplan 9/1996, S. 30 ff.). Von daher bilden die beiden Rezensionen ein Ganzes.

Dudeck beschreibt die Rolle Petersens auf drei Feldern: (1) seiner Beteiligung an der Neugestaltung der Erziehungsverhältnisse in der SBZ/DDR, (2) seines Konflikts in Jena und (3) seiner Deutung des Nationalsozialismus nach 1945.

Zunächst etwas zum Autor. Dudeck betont mehrmals seine subjektive Sicht, „meine Interpretation“ (S. 11), „meine These“ (S. 20, 69, 132), „halte ich“ (S. 70). Konkret geht er davon aus, daß zumindest bis 1948 für die Akteure, also auch für Petersen, „Chancen in Rechnung zu stellen“ wären (S. 11). Daß er sich zu einer ganz persönlichen Sicht der Dinge in seiner Schrift bekennt, ist wichtig zu wissen; wenn er aber glaubt, damals noch Chancen in Rechnung stellen zu können, muß ihm dies verziehen werden. Er ist Jahrgang 1949 und gerade dann geboren, als sich die von ihm aufgearbeitete geschichtliche Phase ihrem Ende zuneigte. Ungeachtet seiner historischen Akribie geht ihm als Nachgeborener naturgemäß die Einfühlung in die damalige Zeitatmosphäre ab. Und um es gleich zu sagen, Peter Petersen und die gesamte Reformpädagogik hatten in der SBZ/DDR nie eine Chance! Warum? Die Entscheidung über Petersen und die Reformpädagogik ist nicht 1950 in Jena, nicht in Ost-Berlin, auch nicht auf dem IV.

Pädagogischen Kongreß 1949 in Leipzig gefallen, nein, sie ist am 5. September 1931 und am 25. August 1932 in Moskau gefallen, als das Zentralkomitee der KPdSU (B) in seinen beiden Schulresolutionen jedweder Reformpädagogik, insbesondere der des Westens, eine entschiedene Absage erteilte. Das wußten die agierenden deutschen Pädagogen der Nachkriegszeit offenbar nicht oder sie haben es verdrängt. Seit 1921 jedenfalls erschienen im deutschen pädagogischen Schrifttum mit ziemlicher Regelmäßigkeit Berichte über die neue Erziehung in der Sowjetunion. Und es waren nicht nur positive Selbstdarstellungen, etwa von der durch das Schweizer Schulwesen beeindruckten Krupskaja, sondern auch besorgte Stimmen von kritischen Beobachtern. Wenn dessen ungeachtet damals deutsche Pädagogen unter den Sowjets Chancen für freiheitlich-reformerische Erziehungsansätze sahen, dann waren sie geradezu naiv. Dazu gehörte offenbar auch Petersen, und nicht er allein. Wer das Agieren der damaligen sowjetischen Besatzer beobachtete, konnte bald die Strategie und Taktik der Kommunisten erkennen und diese im übrigen auch bei Lenin nachlesen. Die Ziele standen von vornherein fest, die Wege wurden aus taktischem Kalkül scheinbar „demokratisch“ mehr oder weniger offengelassen. Die Betroffenen sollten über die wahren Ziele absichtlich getäuscht werden, bis die Zeit reif war. Das hat damals auch der heutige Altmeister der Pädagogik, Albert Reble, als Zeitzeuge beobachtet (s. Wynands, Lang 1993, S. 308 f.). Wer seit 1945 mit offenen Augen und etwas Psychologie die Entwicklung verfolgte, war gewiß, daß wir in der SBZ/DDR dem Stalinismus-Leninismus früher oder später nicht entrinnen konnten. Petersen sah es offenbar nicht; er ließ sich täuschen. Die totalitäre Umgestaltung der Schule hatte bereits 1945 begonnen und nicht erst, wie der Autor Fritz Karsen zitiert, seit 1948 (S. 81). Wie vorgegangen wurde, wußte man schon damals; das muß

auch Dudeck bekannt sein. In einer Fußnote erwähnt er den linientreuen Deiters, der posthum Beratungen im Zusammenhang mit dem Schulgesetz von 1946 als „bedeutungslos“ charakterisierte, weil „die entscheidenden Bedingungen von vornherein feststanden“ (S. 51). Wer hat die Bedingungen gesetzt? Darüber verliert Dudeck kein Wort, auch nicht darüber, ob er dieser Frage nachgegangen ist.

Wie leichtfertig ein Nichtzeitzeuge mit der Geschichte umgehen kann, belegt die Einschätzung Dudecks bezüglich des Verhältnisses Petersens zur ostzonalen Zeitschrift „pädagogik“. Er bezweifelt die Angabe von Gustav Lange, damals Chefredakteur der „pädagogik“, daß die Sowjets seit 1947 keinen Aufsatz mehr von Petersen genehmigten (S. 27 f.). Warum der Zweifel? Dudeck gibt an, keine schriftliche „Weisung“ gefunden zu haben. Der Ahnungslose! Jedermann in der SBZ wußte, daß es im Zweifel nur des Winkes eines sowjetischen Besatzers bedurfte, um bei deutschen Stellen und Personen eifertigen Gehorsam auszulösen. Darüber gibt es natürlich keine schriftlichen Quellen. Aber die Zeitzeugen haben es erlebt, und Lange war Zeitzeuge. Auch den persönlichen Verdächtigungen und Verleumdungen, Schikanen und Erniedrigungen, denen unter anderem Peter Petersen im täglichen Umgang mit seinen Widersachern damals ausgesetzt war, liegen keine schriftlichen Weisungen zugrunde. Aber sie sind geschehen, Arm in Arm mit den sowjetischen Bildungsoffizieren. Heute noch lebende Mitarbeiter Petersens wissen davon ein Lied zu singen; aber diese sind als „Quelle“ nicht gefragt worden.

Der Autor geht unter anderem auf Petersens Beteiligung an der Ausarbeitung schulpolitischer Grundsatzdokumente ein. Es handelt sich um das „Methodische Manifest“ von 1946 und um die „Grundsätze der Erziehung in der deutschen demokratischen Schule“ von

1947. An beiden Beispielen wird die Ohnmacht Petersens offenbar. Wie er das verarbeitet hat, beschreibt Dudeck nicht. Dazu hätte man vielleicht auch Mitarbeiter aus damaliger Zeit befragen können.

Zu den Fakten: Das „Methodische Manifest“, von einer Kommission unter der Leitung des Landesdirektors Dr. Wolf und unter Mitarbeit von Petersen erarbeitet, wurde am 4.7.1946 von der pädagogischen Konferenz der Thüringer Lehrerschaft angenommen. Das Manifest trägt augenscheinlich die Handschrift Petersens. Man hoffte auf eine große Resonanz. Es wurde in Heft 3/1946 der Zeitschrift „pädagogik“ mit dem einleitenden Hinweis abgedruckt, daß es wohl „die Grundlage für eine breite Diskussion in den Thüringer Schulen bildet“. Dem war offenbar nicht so. Dudeck bemerkt hierzu, daß letztlich das Manifest in der schulpolitischen Debatte und in der pädagogischen Praxis nicht jene Bedeutung erlangte, die ihm seine Verfasser zugemessen hatten (S. 58). Das ist zutreffend. Der Rezensent hätte sich aber gewünscht, etwas über die Resonanz in den thüringischen Schulen zu erfahren. Ungeachtet dessen, in der Zeitschrift „pädagogik“ ist das Manifest nie mehr erwähnt worden. Nicht viel anders erging es dem Manifest in der zweiten pädagogischen Zeitschrift der SBZ, „die neue schule“. Dort wurde es in Heft 8/1946 mit dem redaktionellen Hinweis abgedruckt, daß es „ohne Zweifel eine rege Diskussion auslösen“ werde. Indes, die Diskussion blieb aus. Zwar eröffnete Ernst Z. Ichenhäuser in Heft 1/1947 dieser Zeitschrift eine Diskussion um den Problemkreis „Stoff und Methode?“ beziehungsweise „Stoff oder Methode?“, ging aber mit keinem Wort auf das Manifest ein. Er richtete vielmehr das Augenmerk der Leser auf die 1946 neu eingeführten Lehrpläne und die darin enthaltenen didaktisch-methodischen Grundsätze. Als dann in Heft 12/1947 von Deiters und Ichenhäuser die Aussprache zu einem vorläufigen Abschluß gebracht

wurde, war rückblickend auch in allen übrigen Beiträgen eine Berufung auf das Manifest nicht zu finden.

Nicht viel anders war es um Petersens Rolle bei der Ausarbeitung der „Grundsätze der Erziehung in der deutschen demokratischen Schule“ von 1947 bestellt. Bei den Diskussionen und Stellungnahmen fanden Petersens abweichende Argumente gegenüber dem Erstentwurf keine Berücksichtigung. Dudeck konstatiert, daß der damals aufwendig geführte Beratungs- und Diskussionsprozeß zu keinen gravierenden Korrekturen des Entwurfs geführt hat (S. 65). Hier hat sich das wiederholt, was Deiters schon vom Zustandekommen des „Gesetzes zur Demokratisierung der deutschen Schule“ von 1946 gesagt hatte: es stand bereits alles von vornherein fest. Und wer hatte schon alles festgelegt? Dudeck schreibt unter anderem (S. 61), daß an den Vorbereitungen der Grundsätze (selbstverständlich) auch Mitglieder der Sowjetischen Militäradministration teilgenommen haben (sic!). Im übrigen sind die Grundsätze nichts anderes, als die Fortsetzung der Aussagen zur „Demokratischen Schulreform“ anläßlich der gemeinsamen Kundgebung von KPD und SPD am 4.11.1945 in Berlin. Und hier sind es wiederum die Ausführungen des Altkommunisten Anton Ackermann, deren wesentlicher Gehalt in den Grundsätzen prolongiert wurde.

Die Sowjetisierung der deutschen Schule in der SBZ hatte schon ihre frühen Väter; es war nicht erst der berühmt-berüchtigte IV. Pädagogische Kongreß 1949 in Leipzig. Folgende Feststellung von Dudeck entbehrt nicht einer gewissen Ironie der Geschichte: „Während in Jena noch Bestandsgarantien für die Universitätsschule und die Erziehungswissenschaftliche Anstalt erörtert wurden, brandmarkt die IV. Pädagogische Landeskonferenz Mecklenburg Petersen öffentlich zum Gegner der sogenannten ‘demokratischen Schulreform’ (S. 75). Der Rezensent fühlt

sich an Bruce Marshall erinnert: Während ein spanischer Bischof hochoben in seinem Arbeitszimmer über eine Kleidervorschrift zum Betreten des Domes brütet, pochen unten an den Kirchtüren die kommunistischen Revolutionäre, um das Gotteshaus zu verwüsten und die Geistlichkeit zu verfolgen. Aber zurück. Wer hat schon 1947 im fernen Mecklenburg das Verdikt über Petersen ausgesprochen? Es war ein Vertreter der Sowjetischen Militäradministration, der Bildungsoffizier Mitropolskij. Er führte bereits damals den Kampf gegen die Reformpädagogik im allgemeinen und gegen „profaschistische Pädagogen wie Kerschensteiner“ im besonderen (S. 75). Das führt zu einer weiteren Assoziation. Dudeck berichtet über eine Arbeitstagung von jüngeren, meist studentischen SED-Funktionären, zu der die SED-Fakultätsgruppe Pädagogik der Universität Jena im April 1949 eingeladen hatte. Während Hans Knauer vom Weimarer Volksbildungsministerium zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt wurde, fiel die Wahl zum Stellvertreter auf „den jungen Leipziger Assistenten Gerd Hohendorf“ (S. 45). Dudeck ist leider nicht auf ihn näher eingegangen. Es ist jener Hohendorf, von dem im 2. Aprilheft 1949 der „neuen schule“, also noch vor dem IV. - die Reformpädagogik verdammenden - Pädagogischen Kongreß, ein Aufsatz über die Arbeitsschule mit dem bezeichnenden Untertitel erschien: „Die reaktionären Bestrebungen Kerschensteiners und die demokratischen Erziehungsgedanken“. Der Rezensent hat sich schon immer gefragt, was den von der Redaktion als „jungen Kollegen des wissenschaftlich-pädagogischen Nachwuchses“ apostrophierten damals gänzlich unbekanntem Hohendorf so unvermittelt zu diesem Angriff auf Kerschensteiner getrieben hat. Mögliche Zusammenhänge hinsichtlich eines Auftrags oder Winks tun sich jetzt auf. Hohendorf, der später an der Technischen Universität Dresden zu einem der führenden Pädagogik-Historiker der

DDR aufsteigen sollte, ist seinem Erbfeind Reformpädagogik ein Wissenschaftsleben lang treu geblieben. Bis heute hat er aber nicht seine wirklichen Anfangsmotive aufgedeckt, die ihn gegen die Reformpädagogik zu Felde ziehen ließen. Es kam also seiner Zeit sicher nicht von ungefähr, daß Hohendorf in Jena aufkreuzte.

Wenn Dudeck in seinen Schlußbetrachtungen für das Scheitern Petersens unter anderem seine Schulpolitik verantwortlich macht, „vor allem in der Idee, das Jahrgangsklassenprinzip und damit das Fachlehrerprinzip aufzugeben“ (S. 132), dann greift er entschieden zu kurz. Peter Petersen war von Anfang an in den Augen der Sowjets und ihrer deutschen Gefolgsleute ein pädagogischer Außenseiter, der die Rechte des Kindes höher wertete als die Rechte des Lehrers. Damit war er auch, obwohl eine zeitlang SED-Mitglied, politischer Abweichler. Das konnten eine Sowjetdiktatur und ihre deutschen Helfershelfer in ihrem Machtbereich nicht zulassen.

Gerhard P. Bunk

Dudeck, Peter: Peter Petersen: Reformpädagogik in der SBZ und der DDR 1945-1950. Eine Fallstudie. Weinheim: Deutscher Studienverlag 1996, 149 S., DM 32,00.

Wir bitten unsere Leser um gefällige Beachtung der Anzeige der Agentur Elke Dieck.